



Frage an Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 17.12.2020

von

GRⁱⁿ Manuela Wutte, MA

Betrifft: Sozialhilfe neu – Verschlechterungen abfedern

Sehr geehrter Herr Stadtrat,
lieber Kurt,

die Corona-Krise wird nach der Wirtschaftskrise auch eine große soziale Krise nach sich ziehen. Bereits jetzt schnellen die Zahlen der Arbeitssuchenden, aber auch der Mindestsicherungs-Bezieher*innen in die Höhe und die langfristigen Folgen der Corona-Krise für die Armutsgefährdung in Österreich sind noch nicht einmal absehbar. Einmal mehr sollte betont werden, dass der Großteil der Menschen, die Mindestsicherung beziehen, berufstätig sind, aber aufgrund prekärer und schlecht bezahlter Arbeit ihr Einkommen durch die Sozialhilfe „aufstocken“ müssen. Gerade diese prekären Arbeitssituationen werden sich durch die Corona-Krise weiter verschärfen.

Etliche Verschlechterungen der Sozialhilfe neu wurden vom Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig eingestuft. Dennoch lässt das nun vorhandene Gesetz den Bundesländern sehr viele Spielräume in der konkreten Ausgestaltung. Während beispielsweise Salzburg eine Wohnkostenpauschale von 30% gewährt, werden es in der Steiermark laut vorliegendem Gesetzesentwurf nur 20% sein. Dies wurde mit den vergleichsweise geringeren Wohnkosten in der Steiermark begründet, aber gerade in Graz sind die Mietkosten in den letzten Jahren massiv gestiegen. Aus dem bestehenden Sozialhilfe-Gesetz könnte also deutlich mehr „herausgeholt“ werden und das würde insbesondere den Grazer*innen mit ihren oftmals sehr hohen Mietkosten nützen.

Angesichts der großen wirtschaftlichen und sozialen Krise wird eine zentrale sozialpolitische Aufgabe darin bestehen, jene, die schon vor der Krise armutsgefährdet waren, bestmöglich zu unterstützen und abzusichern. Bestehende Ungleichheiten würden sich sonst weiter verschärfen und insbesondere die Kinder aus armutsgefährdeten Familien würden in einem Milieu der Aussichtslosigkeit und Existenzangst aufwachsen.

Viele haben bereits auf die Schwächen des vorliegenden Gesetzesentwurfs aufmerksam gemacht, besonders kritische Punkte werden hoffentlich noch überarbeitet. Dringenden Nachbesserungsbedarf gibt es jedenfalls bei der Frage der Wohnkosten, die insbesondere für Graz zentral ist.

Deswegen richte ich folgende Frage an dich:

Bist du in deiner Funktion als Sozialstadtrat bereit, mit der Soziallandesrätin und den zuständigen Stellen auf Landesebene Gespräche zu führen und auf eine Nachbesserung des Sozialunterstützungsgesetzes im Sinne einer höheren Wohnkostenpauschale zu drängen, von welcher insbesondere armutsgefährdete Grazerinnen und Grazer profitieren würden?